

Binningen kauft sich frei

Kabelnetz-Streit Die anderen Inter-GGA-Grossaktionäre erhalten rund eine Million Franken



Weil Binningen per 2014 aus der Inter-GGA ausstieg, wurde die Gemeinde von den anderen Grossaktionären verklagt. Nun ist es zu einer Einigung gekommen. BZ-ARCHIV

VON BENJAMIN WIELAND

Die Inter-GGA-Grossaktionäre und ihr abtrünniges Mitglied Binningen haben sich wieder lieb. So kann man zusammenfassen, was die beiden Konfliktparteien gestern in Arlesheim an einer gemeinsamen Medienkonferenz bekannt gegeben haben. Deren Eckpunkte lauten: Beide Seiten verzichten auf einen Gang vor Gericht. Stattdessen haben sie sich auf einen ausssergerichtlichen Vergleich geeinigt. Gesalzen ist die Rechnung für Binningen aber trotzdem: Die Gemeinde muss wegen ihres hastigen Ausstiegs aus dem Kabelnetzverbund die verbliebenen Partner auszahlen - mit fast einer Million Franken.

Bis vor drei Jahren gehörte Binningen noch selber zum Verbund der acht Mitglieder der Inter-GGA-Aktionäre mit ABV, dem sogenannten Aktionärs-Bindungsvertrag. Doch dann kündigte die Gemeinde den Vertrag einseitig per 1. Dezember 2014. Die verbliebenen ABV-Partner verklagten Binningen daraufhin auf Schadenersatz, mit der Begründung, die Kündigung sei zu früh und somit nicht fristgerecht erfolgt. Insgesamt forderten die ABV-Gemeinden von Binningen 2,4 Millionen Franken.

Nun haben sich die Konfliktparteien auf die Hälfte dieses Betrags geeinigt. Es handelt sich um Provisionen, die für die Jahre 2015 bis 2020 fällig geworden wären. Nach Abzug von zwei Guthaben bleibt ein

«Wir haben keine Argumente gefunden für eine Rückkehr zur Inter-GGA.»

Mike Keller Gemeindepräsident von Binningen

Saldo von 974 800 Franken übrig, das Binningen den ABV-Gemeinden überweisen muss. Im Gegenzug verpflichtet sich Binningen, die eigenen Inter-GGA-Aktien bis Ende Juni an die verbliebenen ABV-Teilhaber abzutreten.

«Thema ist erledigt»

«Unsere Klage wird nun zurückgezogen», sagte der Therwiler Gemeindepräsident Reto Wolf, der die ABV-Gemeinden vertritt. Sein Binninger Amtskollege Mike Keller ergänzte: «Ab sofort ist das Thema für beide Seiten erledigt.» Es würden also keine weiteren Ansprüche mehr geltend gemacht, was Wolf umgehend bestätigte: «Wir freuen uns, dass wir diese Angelegenheit nun ad acta legen können.»

Der Konflikt um den Inter-GGA-Austritt hatte das Verhältnis zwischen Binningen und den anderen Vertragsgemeinden belastet. Zu diesen gehören Aesch, Bottmingen, Ettingen, Oberwil, Reinach, Therwil und die GGA-Genossenschaft Arlesheim. Vier sind Mitglieder des Gemeindeverbands Plattform Leimental, in dem sich auch Binningen engagiert.

Klage war schon eingereicht

Trotz dem nun abgeschlossenen Vergleich sind Gerichts- und Anwaltskosten entstanden. Denn die ABV-Gemeinden reichten im September 2015 beim Zivilkreisgericht Basel-Landschaft West eine

Klage ein. Beide Parteien haben vereinbart, die Gerichtskosten hälftig zu tragen. «Jede Partei trägt zudem ihre Anwaltskosten selber», heisst es in einer gemeinsamen Medienmitteilung.

Binningen rechtfertigte 2014 den Ausstieg aus dem Kabelnetzverbund Inter-GGA damit, dass es mit den Leistungen der Inter-GGA nicht mehr zufrieden sei. Diese hatte per 2015 den Provider gewechselt. In der Folge wurde ein günstiges Grundabonnement nicht mehr angeboten. Nach der einseitigen Kündigung baute Binningen ein eigenes Kabelnetz auf: Kabel Binningen.

Die Inter-GGA-Grossaktionäre begründeten ihre Schadenersatzforderung damit, dass der Aktionärsbindungsvertrag frühestens per Ende 2020 kündbar sei, bis dahin seien die Signale für Internet, TV und Radio weiterhin von der Inter-GGA zu beziehen. Sie hielten Binningen aber ein Türchen offen: Speise die Gemeinde wieder Inter-GGA-Signale ein, verzichte man auf Schadenersatz.

Mike Keller sagte auf Anfrage der bz, man sei nach wie vor überzeugt, dass der Alleingang die richtige Lösung gewesen sei. «Das Angebot von Kabel Binningen ist auf die Bedürfnisse unserer Bevölkerung zugeschnitten. Wir haben keine Argumente gefunden für eine Rückkehr zur Inter-GGA.» Es seien bereits Rückstellungen im Rahmen von rund 420 000 Franken getätigt worden. KOMMENTAR RECHTS

KOMMENTAR

Unnötiger und teurer Alleingang

Reisende soll man nicht aufhalten, heisst es. Manchmal gibt es aber einen guten Grund, genau das zu tun. Dann zum Beispiel, wenn der Reisende seine Zeche noch nicht bezahlt hat.

So viel vorweg: Ob Binningens Ausstieg aus der Inter-GGA Ende 2014 rechtens war oder nicht, das zu klären, wäre Sa-



von Benjamin Wieland

che eines Gerichts gewesen. Die Gemeinde musste jedoch damit rechnen, dass die Partner nicht einfach dabei zu sehen und «viel Glück!» wünschen, wenn sich ein Mitglied mir nichts, dir nichts verabschiedet. Der gekündete Vertrag hiess schliesslich Aktionärsbindungsvertrag: Er bindet.

Binningen vertrat den Standpunkt, die Inter-GGA habe nicht mehr die Leistung erbracht, die man sich gewünscht hätte. Darum habe man gehen dürfen. Ob das als Begründung für einen frühzeitigen Ausstieg genügt, wäre, wie bereits gesagt, Juristenfutter gewesen. Ein langwieriges Gerichtsverfahren drohte. Darauf verzichten nun die verbliebenen Vertragspartner und ihr fahnenflüchtiges Mitglied. Gut so! Denn Steuergelder sind woanders sinnvoller eingesetzt. Noch besser wäre es gewesen, Binningen wäre erst gar nicht derart überhastet aus dem Verbund ausgestiegen und hätte stattdessen den ordentlichen Kündigungstermin abgewartet. So aber bleibt die Gemeinde auf einer Rechnung von fast einer Million Franken sitzen. Hinzu kommt das Geld, das für den Aufbau eines eigenen Kabelnetzbetriebs aufgetrieben werden musste sowie Gerichts- und Anwaltskosten.

Insgesamt ein ziemlich hoher Preis, nur um den Einwohnern möglichst günstiges, da von der öffentlichen Hand getragenes Fernsehschauen und Internetsurfen zu ermöglichen. Ein zu hoher Preis.

@benjamin.wieland@bzbasel.ch

Leimental

Umfahrungs-Gegner sehen neue Gefahren

Die IG Südumfahrung Nein hält ihren Kampf gegen eine stadtfremde Strassentangente zwischen Leimen- und Birstal für nötiger denn je. So hat sich die Situation aus Sicht der IG mit dem Volksnein zur Variante Ausbau der Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil (Elba) im November 2015 kaum verbessert - eher im Gegenteil. Ein Ja zu dieser Elba-Variante und die Planung einer stadtnahen Tangente wäre praktisch mit einer Garantie für einen Verzicht auf eine fernere Umfahrung verbunden gewesen, schreibt die IG in ihrer Mitteilung. Diese Garantie gebe es nun nicht. Bezüglich Siedlungsentwicklung und neuer Verkehrswege sei wieder alles offen. So habe die Regierung die Verwaltung beauftragt, einige Strassenprojekte aus beiden Elba-Stossrichtungen Ausbau und Umbau weiter zu verfolgen.

Die IG werde sich weiterhin gegen eine Südumfahrung zur Wehr setzen, auch wenn diese als Teilstücke aufgetischt würden wie etwa die im Projekt Birsstadt vorgeschlagene kleine Südumfahrung Reinach. Kommt hinzu, dass wegen des Volksentscheids zur Umfahrung Allschwil und des Abbaus auf ÖV-Linien im Gebiet Leimental und Allschwil wieder Bewegung in die Strassenplanungen komme und alte Begehrlichkeiten wach würden. Die IG Südumfahrung Nein existiert seit zwölf Jahren. Übermorgen Donnerstag führt sie ihre GV durch. Präsiert wird die IG vom Oberwiler CVP-Landrat Pascal Ryf. (BZ)

Neuer Liefervertrag

MuttENZ kauft Strom aus Winterthur

Die Gemeinde MuttENZ kauft den Grossteil ihres Stroms künftig in Winterthur. Der dreijährige Liefervertrag mit dem Stadtwerk Winterthur ermöglicht der Gemeinde Einsparungen von 70 000 Franken im Jahr, wie sie gestern mitteilte. Die Gemeinde habe für alle ihre Verbrauchsstellen, die jährlich mehr als 100 Megawattstunden (MWh) beziehen, einen neuen Lieferanten auf dem freien Markt gesucht, wie es ihr das Gesetz erlaube. Das Gesamtvolumen umfasse so rund 3,7 Gigawattstunden (GWh) - von den 5,5 GWh Jahresverbrauch der ganzen Gemeinde sind das gut 67 Prozent.

Der neue Liefervertrag versorgt primär die Wasserversorgung, aber auch Werkhof, Hallenbad, Verwaltung und ein Schulhaus mit Strom aus Winterthur. Bei der Ausschreibung seien auch Vorgaben zur Ökologie gemacht worden; unter anderem darf kein Atomstrom enthalten sein. Bis zur Deadline der Ausschreibung am letzten Mittwoch seien diverse Angebote eingetroffen, das beste davon aus Winterthur. (SDA)

Nicht alle Jobs gehen weg

Acino Beim Generikahersteller haben sich Geschäftsleitung und Mitarbeiter auf einen Kompromiss geeinigt. Dieser rettet mindestens sieben Stellen.

VON DANIEL HALLER

Bei Acino zeichnet sich eine teilweise Wende ab: Nach offenbar zeitweilig turbulenten Konfrontationen haben sich Geschäftsleitung und Mitarbeitervertretung auf einen Kompromiss geeinigt: Anstatt - wie Ende März angekündigt - 23 Arbeitsplätze nach Estland und in die Ukraine zu verlagern, geht es nun noch um deren 16. Zudem werde noch geprüft, ob die betroffenen Arbeitnehmenden an anderer Stelle bei Acino in Aesch oder Liesberg beschäftigt werden könnten. Diese Entscheide sollen im Lauf der Jahre 2017 und 2018 erfolgen.

Das Konsultationsverfahren habe am 10. Mai mit der Wahl einer Mitarbeiter-

vertretung begonnen, berichtet eine Acino-Sprecherin. Dann habe man gemeinsam drei Wochen lang jede der zur Diskussion stehenden Stellen im Detail angeschaut. Dabei habe die Geschäftsleitung eingesehen, dass man gewisse Stellen nicht aus den Arbeitsabläufen in Aesch herausbrechen und verlegen könne.

Es sei für die Leitung ein wichtiger Schritt gewesen, auf die Hinweise aus der Belegschaft einzugehen. «Die Mitarbeitenden wollten noch weniger Stellen verlegen. Es ist also ein Kompromiss.»

Künftig nur noch in Liesberg

Dass sich die Belegschaft gewahrt hat, hat sich also gelohnt: Der grösste Teil der Verpackungsarbeiten bleibe nun in Aesch, bestätigt die Acino-Sprecherin Informationen der bz. Dafür investiere das Unternehmen in eine weitere Hochgeschwindigkeitslinie für den Standort Pfeffinger Ring. Nur die Verpackung von Kleinmengen oder kompliziert zu verpackender Medikamente werde nach Estland verlagert.

Zur Gewerkschaft Unia äussert sich Acino nicht. Diese hatte am 9. Mai, einen Tag vor dem Start des internen Konsultationsverfahrens, per Communiqué den Stellenabbau kritisiert und geschrieben: «Erst nach aktivem Einsatz der Unia konnte eine Mitarbeitendenvertretung gegründet werden, welche nun die Anliegen der Arbeitnehmenden gegenüber der Geschäftsleitung vertritt.» Die Geschäftsleitung habe jedoch Verhandlungen platzen lassen. Offenbar gingen diese dann ohne Unia weiter.

Acino ist ein mittelgrosser Produzent von Medikamenten, deren Patent abgelaufen ist (Generika). Firmensitz ist zwar Zürich, aber die Medikamente für die Märkte im Nahen Osten und in Afrika werden in Aesch und Liesberg - zukünftig nur noch in Liesberg - hergestellt. Dafür investiert Acino derzeit in den Ausbau des Standorts Liesberg. In der Ukraine wird vor allem für den Inlandmarkt produziert, in Estland steht ein reiner Verpackungsbetrieb. In Aesch soll der Standort Dornacher Strasse geschlossen werden.